

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 03.03.2009 um 16.00 Uhr im Sitzungssaal
des Rathauses

-Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 02.03.2009-

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Günther

Stadtrat Lorenz (ab 16.20 Uhr, Ziffer 1 A e)

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller (ab 16.06 Uhr, Ziffer 1 A b)

Stadträtin Richter (bis 18.05 Uhr, 1 D g)

Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank

Stadträtin Schwab

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker

Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Heisel

Stadträtin Glos

Stadträtin Kahnt

Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag (ab 16.10 Uhr, 1 A d)

Bürgermeisterin Regan

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Konrad (ab 16.05 Uhr, Ziffer 1 A b)

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (ab 17.00 Uhr, Ziffer 1 B c)

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)

Herr Pfreizinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner
Stadtplaner Neumann
Dipl. – Ing. Richter
Frau Heger

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Schardt
Stadtrat May
Stadtrat Moser

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Beratung des Investitionsprogramm 2009 mit Finanzplanung 2008 – 2012

A. Offene Fragen aus dem ersten Teil der Haushaltsberatungen vom 02.03.2009 und sonstige Anfragen der Stadträte

a) Förderschädlichkeit im Rahmen des Konjunkturprogramms

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass auf Frage von Bürgermeisterin Regan, inwieweit sich das Abspecken oder Einsparen von laufenden Maßnahmen förderschädlich auf Zuschüsse nach dem Konjunkturprogramm auswirken könnte, wenn dies nur deshalb geschehe, um Eigenmittel für die Finanzierung zu schaffen, mit der Regierung von Unterfranken Rücksprache gehalten wurde. Er stellt dar, dass dies nicht förderschädlich sei. Fördervoraussetzung nach dem Konjunkturpaket II sei die „Zusätzlichkeit“.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

b) 5900.9583 – Kleine Gartenschau – Neuanlage Wohnmobilstellplatz

Anfrage von 2. Bürgermeister Christof, ob noch zusätzliche Kosten für den Wohnmobilstellplatz eingestellt seien und an welcher Stelle.

Weitere Anfrage von 2. Bürgermeister Christof wegen Kostenbeteiligung Amt für ländliche Entwicklung bei der Renaturierung des Bimbaches.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass im Rahmen von der Gartenschau 40.000,00 € in den Gesamtkosten von 4,7 Mio. € für die Rodung, die Erdarbeiten, die Oberflächen (Geh- und Radwege) sowie Pflanzarbeiten für den Wohnmobilstellplatz eingeplant seien. Darüber hinaus stehen bei o. g. Haushaltsstelle die Kosten für die Neuanlage (technische Ausstattung, WC, Kanal, Umzug) in Höhe von 100.000,00 € zur Verfügung. Weitere Mittel für den Wohnmobilstellplatz sind gegenwärtig nicht vorgesehen.

2. Bürgermeister Christof möchte wissen, ob man von den Entscheidungen über die Auftragsvergaben des Aufsichtsrates der Gartenschau informiert werde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Aufsichtsrat in eigener Verantwortung handle und der Stadtrat nur dann informiert werde, wenn Entscheidungen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt hätten.

Hinsichtlich der Renaturierung des Bimbaches erklärt Oberbürgermeister Müller, dass sich das Amt für ländliche Entwicklung mit einem finanziellen Beitrag aus Mitteln der Dorferneuerung daran beteiligen werde. Diese Info liegt der Stadt Kitzingen bereits schriftlich vor.

- c) 6152.9400 – Soziale Stadt – Hochbaumaßnahmen
6152.9500 – Soziale Stadt - Tiefbaumaßnahmen

Allgemeine bitte, die Maßnahmen, die im Rahmen dessen umgesetzt werden sollten, zu erläutern.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die als Tischvorlage übergebene Aufstellung. Diese Mittel wurde der Regierung von Unterfranken im Rahmen des Jahresantrages gemeldet. Nach der Zuschussverteilung im Mai sei klar, welche Zuschüsse des Kontingents auf die Stadt Kitzingen entfallen. Im Anschluss daran wisse man, welche Maßnahmen man angehen könne. Dies wird zur Kenntnis genommen.

- d) Anfrage von Bürgermeisterin Regan
Beschlussfassung über die Anträge der Fraktion und Gruppen

Bürgermeisterin Regan bezieht sich auf das Vorgehen der Haushaltsberatungen und fragt nach, weshalb zu den einzelnen Anträgen der Fraktionen und Gruppen keine Beschlüsse gefasst werden, obwohl die Gemeindeordnung bzw. die Geschäftsordnung dies vorsehen. Auch wenn kein Beschluss gefasst werde, so müsse zumindest der Vorsitzende das Einvernehmen feststellen. Dabei bezieht sie sich auch auf das Parkdeck am Bahnhof, worüber der Stadtrat ihrer Auffassung nach noch abstimmen müsse.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass nach der Vorlage des Haushaltsentwurfs die Fraktionen und Gruppen ihre Anträge stellen konnten und bei der Abarbeitung keine Einwände seitens der beantragenden Fraktion bzw. Gruppe aufkam. Es sei bislang gängige Praxis im Gremium gewesen, falls keine Einwände vorliegen, dass somit der Antrag zumindest abgearbeitet wurde. Hinsichtlich des Parkdecks stellt er dar, dass hierfür keine Mittel im Haushalt veranschlagt seien. In der weiteren Beratung frage er nach, ob ein Beschluss zu den einzelnen Anträgen gefasst werden sollte.

2. Bürgermeister Christof verweist in diesem Zusammenhang auf eine Stellungnahme des Landratsamtes, die feststellt, dass man sich hierbei (Behandlung von Anträgen mittels zustimmender Kenntnisnahme als Umkehrschluss) in einer Grauzone befinde und das Landratsamt die Beschlussfassung empfiehlt.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- e) 6321.9590 – Ausbau des Radwegenetzes

Stadträtin Schmidt fragte nach, weshalb dieser Ansatz, der sonst in früheren Jahren enthalten war, gestrichen wurde. Sie bittet um Einstellung von Mitteln für die Erstellung bzw. Fortschreibung des Konzeptes.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt dar, dass das alte Konzept aus dem Jahre 1986/1987 stamme und überarbeitungsbedürftig sei. Die Erstellung des Konzeptes könne aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht durch die Verwaltung vorgenommen werden. Er ergänzt, dass man das weitere Vorgehen eruieren und entsprechende Angebote einholen werde. Um handlungsfähig zu sein sollte im Haushalt 2009, 20.000,00 € eingestellt werden. Auf den Hinweis von Stadträtin Richter, dass bereits für verschiedenen Bereiche Konzepte vorliegen, stellt Berufsmäßiger Stadtrat Groß dar, dass diese bei der Erstellung berücksichtigt werden. Stadträtin Wallrapp bittet bei der Erstellung auch die Meinung des Fahrradclubs abzufragen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu. Er bittet um Abstimmung in 2009, 20.000,00 € einzustellen.

Mit 27 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei Haushaltsstelle 6321.9590 für die Erstellung eines Radwegekonzeptes im Jahr 2009 20.000,00 € einzustellen.

- f) 6300.9423 – Errichtung Busbahnhof
6300.9501 – Errichtung P+R-Anlage
6300.9502 – Umgestaltung Bahnhofsvorplatz

Anfrage von 2. Bürgermeister Christof, wann der Plan hinsichtlich des Bedarfs im nördlichen Bereich fertig gestellt sei.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Plan bis Mitte März fertig gestellt sein wird. Nach grober Schätzung könnten im nördlichen Bereich 60 Stellplätze für die P+R-Anlage untergebracht werden, ohne dass die kostenaufwendigen Umbaumaßnahmen nötig werden. Im Bereich der Kleingärten könnten auf den fünf Parzellen ebenfalls 60 Plätze entstehen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

- g) 3651.9588 – Gestaltung der Mainpartie von Synagoge bis Evang. Dekanat

Ausstehende Beschlussfassung hinsichtlich Abspeckung bzw. Zurückstellung.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion im ersten Teil der Haushaltsberatungen. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass man die Maßnahme nicht verschieben sollte, nachdem hierfür die Mittel seitens der Regierung von Unterfranken bereits seit längerem für die Stadt Kitzingen reserviert seien. Eine Kosteneinsparung könne er sich vorstellen.

2. Bürgermeister Christof fragt nach, ob die Planung bereits abgeschlossen sei oder ob noch Änderungen durchgeführt werden könnten. Darüber hinaus möchte er wissen, ob der Abriss des Gebäudes vor dem Sinkel-Anwesen in die Gesamtmaßnahme aufgenommen werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt dar, dass die Ausführungsplanung noch nicht in Gänze abgeschlossen sei und deshalb Reduzierungen grundsätzlich möglich sind. Hinsichtlich des Abrisses des Gebäudes vor dem Sinkel-Anwesen stellt Oberbürgermeister Müller fest, dass dieses in die Gesamtplanung der Maßnahme aufgenommen werde, um entsprechende Zuschüsse zu erhalten.

Stadtplaner Neumann gibt zu Bedenken, dass bei einer Reduzierung ggf. Bereiche neu überplant werden müssten, wofür wieder Honorarkosten anfielen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Veranschlagung im Haushalt, wobei jede Fraktion an ihrem Antrag festhält.

Oberbürgermeister Müller bittet zunächst um Beschlussfassung, dass die Mittel wie bisher veranschlagt im Haushalt eingestellt bleiben und eine Verschiebung nicht erfolge.

Mit 18 : 9 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Kosten wie im Investitionsplan veranschlagt (2009: 600.000,00 €; 2010: 320.000,00 €; 2011: 200.000,00 €) bei Haushaltsstelle 3651.9588 zu belassen. Eine Reduzierung erfolgt nicht.

Gleichwohl sagt Oberbürgermeister Müller zu, mögliche Kosteneinsparungen nochmals zu überprüfen.

B) Einzelplan 7

a) 7191.9450 – Sanierung der Toilettenanlagen Etwashausen

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass für die Sanierung im Jahr 2010 64.000,00 € eingestellt seien.

Ihrer Auffassung nach sollten diese Mittel ins Jahr 2009 vorgezogen werden, nachdem die WC-Anlage ohnehin saniert werden müsste.

Nachdem lt. Berufsmäßigem Stadtrat Rodamer keine Bedenken in einer Vorziehung bestehen bitte Oberbürgermeister Müller um Beschlussfassung.

Mit 21 : 7 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Mittel für die Sanierung der Toilettenanlagen Etwashausen in Höhe von 64.000,00 € von 2010 auf 2009 vorzuziehen.

b) 7711.9357 – Ersatzbeschaffung der Kehrmaschine

Die FW bittet diesbezüglich die Nutzung eines Maschinenpools zu eruieren. Darüber hinaus sollen die Zuschussmöglichkeit abgefragt und die freiwilligen Kehrmaßnahmen reduziert werden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung. Das Bauamt werde eine Sitzungsvorlage für die Ersatzbeschaffung erstellen, worin die verschiedenen Anfragen (Privatisierung, Reduzierung, Reinigungsgebühren) dargelegt werden. Die Mittel in Höhe von 180.000,00 € sollten aufgrund der Handlungsfähigkeit eingestellt bleiben.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Mittel bleiben unverändert.

c) 7911.9590 – Sonstige Förderung v. Wirtschaft u. Verkehr 7911.9591 - Messen, Ausstellungen dergl. BID, Umsetzung ISEK, Ausstattung Innenstadt

Die FW bittet diesbezüglich um nähere Informationen und detaillierte Kosten. Außerdem fragen sie nach dem Bericht bzgl. Expo-Real sowie die weiteren Planungen zur Neugestaltung der Innenstadt.

Die KIK beantrag im Haushaltsjahr 2009 150.000,00 € für die Belebung der Innenstadt bereitzustellen. Darüber hinaus bitten sie um einen Finanzierungs- und Bedarfsplan für einen Immobilienerwerb in den Konversionsflächen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahmen der Verwaltung. Hinsichtlich des Berichtes zu Expo Real weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass in einer der nächsten Stadtratssitzungen die Entscheidung über die Teilnahmen an Expo-Real 2009 getroffen werden sollte. In diesem Zusammenhang werde der Bericht vorgelegt.

2. Bürgermeister Christof hat Bedenken in der Aufwertung der Innenstadt, in dem man lediglich Verschönerungen durch Bänke und dergleichen vornimmt. Seiner Auffassung nach müsste mit der Einstellung von 150.000,00 € ein Zeichen gesetzt werden. Hiermit sollte ein Prozess begonnen werden, in dem die mögliche zukünftige Entwicklung der Innenstadt Kitzingens von außen dargelegt wird, die in 20 Jahren noch bestand haben könnte.

Die Stadträte diskutieren im Folgenden ausführlich über Einstellung der Mittel sowie die Entwicklung der Innenstadt. Bedenklich wird geäußert, dass hiermit wieder lediglich ein Konzept erstellt werde und es an der Umsetzung mangle. Im Grunde wird

der Antrag von 2. Bürgermeister Christof positiv bewertet. Die Stadträte sind der Auffassung, dass die Innenstadt belebt werden müsse.
Stadtrat Schmidt regt in diesem Zusammenhang an, alle vorhandenen Konzepte diesbezüglich aufzustellen und ggf. zusammenzufassen, damit diese bei der weiteren Planung zur Verfügung stehen.

Nach weiterer Diskussion hierzu ändert 2. Bürgermeister Christof seinen Antrag insoweit ab, die beantragten 150.000,00 € auf die Jahre 2009 und 2010 mit jeweils 75.000,00 € aufzuteilen.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung.

Mit 22 : 5 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, für die Jahre 2009 und 2010 bei der Hst. 7911.9591 jeweils 75.000,00 € einzustellen sowie jeweils einen entsprechenden Zuschuss von 60 %.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

C) Einzelplan 8

a) 8260.9870 – Flugplatz Kitzingen; Pauschalansatz für Stadtzuschuss

Die KIK beantragt die Mittel für die Investitionen und die Gründung der Betreibergesellschaft zu streichen.

2. Bürgermeister Christof ergänzt, dass das Verfahren noch nicht eingeleitet sei und noch Entscheidungen hierzu ausstehen. Darüber hinaus sei der Personaleinsatz ungewiss und bezieht sich dabei vor allem auf die Zusage des Luftsportclub auf Übernahme der Wochenenden. Er fragt nach, ob diesbezüglich bereits ein Vertrag vorliege.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates auf Beantragung eines Sonderlandeplatzes. Sobald die Aussagen hinsichtlich der Altlasten entlang der Start- und Landebahn geklärt seien, werde das Luftamt Nordbayern dezidiert mit der Prüfung beginnen. Hierzu findet nochmals ein Gespräch mit allen Beteiligten statt, worin auch die Aufgaben der BIMA in diesem Zusammenhang erläutert werden. Hinsichtlich des Luftsportclubs stellt er dar, dass die Zusage auf Übernahme der Wochenenden bestehe und ein Vertrag mangels Beschlussfassung zur Betreibergesellschaft noch nicht erstellt werden konnte.

Er bittet um Beschlussfassung, ob die Mittel aus dem Haushalt gestrichen werden sollen.

Mit 6 : 21 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Ansätze für die Investitionen und die Gründung der Betreibergesellschaft im Investitionsplan zu streichen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Die Ansätze bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 8 bleiben unverändert.

D) Allgemeine Anfragen der Fraktionen und Gruppen

a) Neubepflanzung des Kreisverkehr B 8/Panzerstraße

Die FW beantragt den Kreisverkehr B 8/Panzerstraße, nachdem es sich hierbei um den Stadteingang handle, zu bepflanzen. Dabei sollte auf den Landkreis sowie das Straßenbauamt hinsichtlich einer Kostenbeteiligung zugegangen werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass eine Aufteilung nur auf freiwilliger Basis möglich sei. Das Straßenbauamt lehne eine Beteiligung ab.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, auf den Landkreis zuzugehen, gibt jedoch zu Bedenken, dass der Landkreis hinsichtlich freiwilliger Leistung zurückhaltend sei, nachdem die weiteren Kommunen dies in gleicher Form beanspruchen könnten.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass man die Maßnahme auch ohne finanzielle Beteiligung durchführen sollte und bittet im Haushalt 37.000,00 € einzustellen, nachdem Stadtgärtner Besch für verschiedene Varianten die Kosten zwischen 13.000,00 € und 37.000,00 € bezifferte.

Stadträtin Glos erscheinen 37.000,00 € für die Bepflanzung eines Kreisverkehrs als zu hoch. Sie bittet um Prüfung inwieweit die Bepflanzung im Rahmen der Pflanzaktion der Stadtgärtnerei vorgenommen werden könne.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob grundsätzlich Einverständnis zur Bepflanzung des Kreisverkehrs bestehe.

Mit 11 : 17 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, am Kreisverkehr B 8/Panzerstraße eine Neupflanzung vorzunehmen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Gleichwohl sagt er zu, auf die Gärtnerei hinsichtlich der Bepflanzung im Rahmen der normalen Pflanzaktion zuzugehen.

b) Vermarktung von Baugebiete

Die FW bittet eine Reduzierung der Bauplatzpreise in verschiedene Staffeln.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang zur nächsten Stadtratssitzung am 12.03.2009 ein Beschlussentwurf hinsichtlich der Verlängerung der Rabattaktion bis zum 31.12.2009 vorgelegt werde. Hierbei werde man ebenfalls den CSU-Antrag auf Verzicht der Baubefristung behandeln.

Stadträtin Wallrapp geht kurz auf den Grundgedanken des Antrages ein und stellt dar, dass sehr viele Interessenten in die günstigeren Nachbargemeinden ausweichen. Bei einer Staffelung des Baupreises könnte man einige Bauwerber in Kitzingen behalten. Eine generelle Abschaffung des Baugebotes lehne sie ab. Sie könne sich eine Verlängerung auf 5 Jahre vorstellen.

Stadtrat Schmidt gibt zu Bedenken, dass auch in den Umlandgemeinden die Preise wieder steigen werden und er deshalb eine pauschale Reduzierung des Preises ablehne.

Stadträtin Schwab geht auf den Antrag der CSU ein (Grundstück mit Blick auf die Finanzkrise sichere Anlage, Eltern bzw. Großeltern kaufen Grundstück für Enkel) und ist der Auffassung, dass man manche Baugrundstücke ohne Bebauungspflicht ausweisen sollte. Bei solchen Grundstücken sollte jedoch nicht der Kinderrabatt geltend gemacht werden können.

Stadtrat Rank ergänzt, dass bei einer Verlängerung des Baugebotes 5 Jahre zu wenig seien und er sich eine Verlängerung zwischen 10 und 15 Jahren vorstellen könne.

Auf die Bedenken von Stadtrat Böhm, dass nur aufgrund der aktuellen Situation ein Weg gegangen werden sollte, der vor Jahren abgelehnt wurde verweist Oberbürgermeister Müller, dass die Situation sich geändert und die Stadt die aufwendigen Erschließungskosten vorgestreckt habe.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, hinsichtlich des Baugebotes einen Beschlussentwurf vorzulegen, der verschiedene Alternativen aufzeigt.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

c) Werbung für die Baugebiete – Antrag der FW-Stadtratsfraktion:

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass diesbezüglich ein Beschlussentwurf zum Stadtrat am 12.03.2009 vorgelegt werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) Erneuerbare Energie - Bürgersolarpark

Die FW bittet hinsichtlich der erneuerbaren Energien Gespräche mit der LKW hinsichtlich eines Bürgersolarparkes zu sprechen.

Die ödp beantragt, dass die Stadt Kitzingen eine Bürgerphotovoltaikanlage im Stadtgebiet fördert, unterstützt und sich daran beteiligt. Hierfür sind im Haushalt 2010, 100.000,00 € bereitzustellen.

Stadträtin Wallrapp verweist auf ein Grundstück im Bereich „Klinge“, das im Eigentum der LKW liege, worauf ein Bürgersolarpark errichtet werden könnte.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass für die Inanspruchnahme der Einspeisungsvergütung verschiedene Voraussetzungen vorliegen müssten (versiegelte Flächen, Bebauungsplan, min. 3 Jahre als Ackerland genutzt), die bei diesem Grundstück leider nicht vorliegen, auch wenn sich die Fläche im Grunde hierfür eignen würde.

Stadtrat Böhm als Referent für Umwelt, Energie und Ökologie stellt dar, dass man sich im Umweltbeirat damit befasst habe und hierfür geeignete Grundstücke gefunden werden sollten. Dabei verweist er vor allem auf die Konversionsflächen bzw. auf Dachflächen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass aller Voraussicht nach in 2009 keine Konversionsflächen für Photovoltaikanlagen zur Verfügung stehen werden. Die LKW werde darüber hinaus weitere mögliche Grundstücke prüfen.

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Antrag der ödp, wonach für die Errichtung einer Bürgerphotovoltaikanlage die Stadt Kitzingen 100.000,00 € in den Haushalt 2010 einstellen sollte. Bei einer Beteiligung der Stadt würde eine gewisse Sicherheit für die beteiligten Bürger ausgestrahlt werden. Nachdem die LKW hierfür nicht das geeignete Personal habe, sollte die LKW eine solche Anlage nicht betreiben.

Er bittet über die Einstellung von Mitteln sowie über die grundsätzliche personelle Unterstützung seitens der Stadt Kitzingen abzustimmen.

Oberbürgermeister Müller gibt zu Bedenken, dass die Stadt die Mittel hierfür gegenwärtig nicht aufbringen könne und darüber hinaus die LKW ein idealer Partner für den Betrieb wäre.

Mit 12 : 14 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, im Haushalt 2010 100.000,00 € für die Errichtung einer Bürgerphotovoltaikanlage einzustellen.

Mit 12 : 14 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, dass die Stadt die Umsetzung einer Bürgerphotovoltaikanlage personell unterstützt.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass beide Anträge abgelehnt wurden und keine Mittel in den Haushalt 2009 eingestellt werden.

e) Neues Baugebiet im Stadtteil Sickershausen

Die FW bittet um Ausweisung eines neuen Baugebietes im Stadtteil Sickershausen.

Stadträtin Wallrapp stellt dar, dass es in Sickershausen viele Bauwillige geben würde, für die man mit der Ausweisung eines Baugebietes Abhilfe schaffen könnte. Sie bittet dieses Thema in der nächsten Bürgerversammlung in Sickershausen auf die Tagesordnung zu nehmen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung sowie die Situation von anderen Stadtteilen, die ebenfalls keine eigenen Baugrundstücke hätten. Er sagt zu, dieses Thema bei der Bürgerversammlung in Sickershausen anzusprechen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

f) Lärmschutzwand Bahnstrecke Sickershausen

Die FW-Stadtratsfraktion wünscht Informationen zum Sachstand hinsichtlich des Baus der Lärmschutzwand an der Bahnstrecke Sickershausen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass es sich um eine Lärmschutzmaßnahme des Bundes handle und deshalb keine Kosten im städtischen Haushalt veranschlagt seien. Mit den Baumaßnahmen wurde bereits begonnen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

g) Maßnahmen zur Energieeinsparung

Die KIK beantragt für Maßnahmen der Energieeinsparung 600.000,00 € zusätzlich im Haushalt einzustellen und die Zuschussprogramme auszuschöpfen. Dabei spricht die KIK auch ein Energie-Management-Konzept an.

Die KIK fragt zudem nach der energetischen Sanierung von Wohnung bzw. weiteren Photovoltaikanlage auf städtischen Dachflächen. Zudem sollte ein Programm zur Erzeugung von regenerativen Energien vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass über das Konjunkturprogramm II energetische Sanierungen bezuschusst werden, wofür die Stadt verschiedene Projekte einreichen wird. Darüber hinaus verweist er auf Maßnahmen, die sich anhand des Ergebnisses der Prüfung durch die Energieagentur Oberfranken ergeben könnten.

2. Bürgermeister Christof entgegnet, dass man für die Umsetzung des Konzeptes dennoch Mittel einstellen sollte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass die Ergebnisse erst zum Jahresende vorliegen werden und man deshalb diese Angelegenheit zu den Haushaltsberatungen 2010 aufgreifen sollte.

Hiermit besteht Einverständnis. Es werden keine Mittel eingestellt.

Hinsichtlich der Sanierung von Wohnungen bzw. weiteren Photovoltaikanlagen auf Dächern verweist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach hierfür gegenwärtig keine Mittel enthalten seien und Photovoltaikanlagen über Kreditaufnahmen finanziert werden müssten.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- h) Die UsW Stadtratsfraktion beantragt 300.000,00 € aus der Einsparung bei der Reduzierung der Mainpartei als Eigenmittel für die energetische Sanierung bereitzustellen.

Durch die Beschlussfassung, die Mittel für die Mainpartei nicht zu reduzieren (Ziffer 1, A, g der Niederschrift) habe sich dieser Antrag erledigt.

- i) Die FW beantragt hinsichtlich des Kreisverkehrs an der Kreuzung E-Center/Hallenbad/Aldi eine Information seitens eines Sachbearbeiters der Regierung von Unterfranken im Rahmen einer Sitzung. Darüber hinaus ist die Aufnahme in das Konjunkturpaket II zu prüfen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt dar, dass zur Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschuss am 17.03.2009 ein Sachbearbeiter des zuständigen Straßenbauamtes anwesend sei und hierzu Stellung nehmen werde.

Eine Förderung aus Mitteln des Konjunkturpaketes II sei nicht möglich.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- j) Die FW bittet eine Zufahrt der „Alten Marktbreiter Straße“ auf die „ST 2271“ nochmals in die Überlegungen mit einzubeziehen und die Aufnahme ins Konjunkturpakete II zu prüfen.

Eine Aufnahme in das Konjunkturprogramm II ist nicht möglich.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- k) Die ödp erbittet eine Aufstellung von der Vergabe von Planungsleistungen und Bauüberwachungen in den letzten 5 Jahren unterteilt nach Hoch- und Tiefbau.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung. Stadtrat Pauluhn bittet, dass auch für die Stadtplanung eine Aufstellung erstellt werden sollte, welche Aufgaben in Zukunft hierfür anstehen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass hierzu auch im Rahmen der Stellenplanberatungen berichtet werden sollte.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- l) Brandschutzmaßnahmen

Die ödp bittet die dringenden Maßnahmen diesbezüglich vorzuziehen.

Die UsW bittet die Notwendigkeit der einzelnen Maßnahmen zu begründen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Diskussion in der Sitzung vom 02.03.2009 sowie die Stellungnahme der Verwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Anträge haben sich damit erledigt.

- m) Die KIK bittet um Aufstellung eines Straßenausbauprogramms 2009-2015, welches bis September 2009 vorgelegt werden sollte.

Dipl. – Ing. Richter sagt zu, eine solche Prioritätenliste analog der Kanalmaßnahmen zu fertigen bzw. zu aktualisieren.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- n) Die KIK beantragt die Erstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse für Investitionen und Folgekosten ab 400.000,00 €

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass aus haushaltstechnischer Sicht die Erstellung einer Folgekostenrechnung sinnvoller sei.

Gleichwohl sagt Berufsmäßiger Stadtrat Groß zu, bei künftigen Maßnahmeentschlüssen von größeren Projekten eine – soweit möglich – mit Zahlen hinterlegte Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen. Er gibt zu Bedenken, dass nicht bei allen Maßnahmen ein konkreter Nutzen mit Zahlen zu belegen sei.

Oberbürgermeister Müller bittet um Beschlussfassung, bei größeren Maßnahmen eine Folgekostenberechnung sowie – soweit möglich – eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen.

Mit 27 : 0 Stimmen

Hiermit besteht Einverständnis.

- o) 4649.9450 – Erweiterung Kindergarten Etwashausen

Bürgermeisterin Regan verweist auf ihre Anfrage vom ersten Tag der Haushaltsberatung, dass der Beschluss des Stadtrates vom 12.02.2009 auf Prüfung der Kosteneinsparung auch befolgt werde und bittet um Stellungnahme.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass sich der zuständige Sachbearbeiter im Krankenstand befinde und eine Prüfung zugesagt wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

E. Nachträglich Eingegangen Anträge der Fraktionen und Gruppen:

- a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Stadtratsfraktion beantragt, für die Innenstadtentwicklung Mittel aus dem Konjunkturpaket II für die Friedrich-Bernbeck-Schule sowie dem Kindergarten St. Elisabeth vorzusehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Prioritätenliste, für welche Maßnahmen Mittel beantragt werden, auf der beide Vorhaben enthalten waren.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus beantragt die CSU als Lärmschutzmaßnahme für die Nordtangente Flüsterasphalt zu verwenden, der ebenfalls aus dem Konjunkturpaket II gefördert werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt dar, dass die Ausschreibung diesbezüglich bereits nach außen ging und eine Aufnahme dessen nur über Nachtragsangebote möglich wäre. Das Verfahren bei der Annahme von Nachtragsangeboten sei jedoch sehr kompliziert, weshalb sich die Verwaltung diesbezüglich angreifbar machen könnte.

Die CSU nimmt daraufhin ihren Antrag zurück.

b) FW-Stadtratsfraktion:

Aufnahme des „Fifty-Fifty-Energiesparprogramms“ im städtischen Haushalt

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dies im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Energieagentur Oberfranken Berücksichtigung findet.

Hiermit besteht Einverständnis.

Instandsetzung Sanierung der Öffentliche Toiletten (u. a. Schrankenstraße)

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass neben den bereits im Haushalt enthaltenen Mittel für die Sanierung der Toiletten in Etwashäusern in 2009 keine weitere Mittel für die Sanierung von öffentlichen Toiletten eingestellt seien. Um die im Antrag dargelegten Schäden bzw. Missstände zu beseitigen stehen im Verwaltungshaushalt im Rahmen des Unterhaltes Mittel zur Verfügung.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Instandsetzung und Sanierung „Wein- und Naturlehrpfad“ in Repperndorf

Die FW bittet für Beschilderung, Beschriftung und Wegeführung die entsprechenden Mittel in den Haushalt 2009 einzustellen. Hinsichtlich einer Beteiligung sollte man auf die GWF zugehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass dies im Rahmen des Unterhaltes (Verwaltungshaushalt) geschehen müsste. Seiner Auffassung nach seien 5.000,00 € für Beschilderung mit Beschriftung sowie 5.000,00 € für die Schotterung ausreichend.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, auf die GWF hinsichtlich einer Beteiligung zuzugehen und bittet um Abstimmung.

Mit 27 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit im Verwaltungshaushalt bei Haushaltsstelle 5921.5130 10.000,00 € für die Instandsetzung des „Wein- und Naturlehrpfades“ Repperndorf in den Haushalt 2009 einzustellen.

F. Antrag von 2. Bürgermeister Christof
Erwerb von Konversionsflächen

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass man sich Gedanken machen sollte, ob die Stadt Flächen aus der Konversionsmaße gebrauchen könnte und sich diese entsprechend reservieren sollte. Man sollte sich Gedanken machen, wofür die Flächen benötigt werden könnten.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass ein Antrag der CSU in die gleiche Richtung gehe. Auch im Rahmen der Steuerungsgruppe sollte man darüber beraten, welche Flächen sinnvoll wären. Die Verwaltung werde entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.30 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer